

Die Entstehungsgeschichte des modernen Israel und der aktuelle Krieg in Gaza

Anlass für mich, die heutige Veranstaltung anzubieten war, dass ich nach dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober und der Antwort Israels durch die Militäroperation im Gazastreifen sehr oft gehört habe – auch aus dem Kreise der Genossinnen und Genossen – dass es vielen sehr schwer falle, sich zu positionieren. Der Konflikt sei unübersichtlich, man wisse nicht genau, welche Seite in welchem Punkt im Recht sei, Israel verhalte sich schließlich auch völkerrechtswidrig, vielleicht sei der Konflikt auch als postkolonialer Befreiungsversuch zu verstehen und die Palästinenser seien als Teil des globalen Südens ein von imperialistischen Mächten unterdrücktes Volk und benötigten unsere Solidarität. Die Jugendorganisation der palästinensischen Fatah gilt (oder galt bis vor kurzem?) den Jusos als befreundete Organisation. Gleichzeitig spüren viele Menschen gerade in Deutschland und ganz besonders auch in der SPD vor dem Hintergrund der Shoa eine besondere Verantwortung für Israel als sichere Heimstatt der Juden. Das Diktum von Merkel, die Sicherheit Israels sei deutsche Staatsräson, ist auch von der Regierung Scholz übernommen worden und unser Bundeskanzler war einer der ersten Staats- und Regierungschefs, der nach dem Angriff der Hamas Israel besucht hat.

Ich selber bin kein Nahost-Experte und auch kein Historiker. Ich bin Jurist, Richter in der Sozialgerichtsbarkeit des Landes Nordrhein-Westfalen und habe mich über die Bearbeitung von Rechtsfragen im Zusammenhang mit der sogenannten „Wiedergutmachung“ nationalsozialistischen Unrechts mit Israel beschäftigt. Ich bin oft – beruflich und privat – in diesem Land gewesen und habe es kennen und lieben gelernt. Als aktives Mitglied der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung stehe ich in Kontakt mit Juristinnen und Juristen in Israel und habe mich aus erster Hand über die Situation dort und das Entsetzen, das die Terrorattacke ausgelöst hat, unterrichten können. Deshalb ist es mir ein Anliegen, im Kreise meiner politischen Freundinnen und Freunde einen kleinen Beitrag zu leisten, eventuelle Wissenslücken zu beseitigen und für etwas mehr Klarheit in der Bewertung der aktuellen Situation zu sorgen. Dafür ist es hilfreich, etwas über die Entstehung des Staates Israel in seiner heutigen Form zu wissen.

Vorab einige Klarstellungen, die vor dem Hintergrund der aktuellen und auch vergangener Debatten mE geboten sind: Israel ist eine funktionierende Demokratie, ein Rechtsstaat, ein Staat, in dem Meinungs- und Religionsfreiheit herrschen und in dem es eine große arabische Minderheit gibt (ca. 1,8 Mio. von insgesamt ca. 9 Mio. Einwohnern). In Israel gibt es keine Rassentrennung und keine Bürger 1. und 2. Klasse. Die arabische Minderheit ist im Parlament und in der Justiz vertreten, ich selber habe einen arabischen Richter am Supreme Court kennengelernt. Es war ein arabischer Vorsitzender Richter, der den ehemaligen Staatspräsidenten Katzav zu einer Gefängnisstrafe verurteilt hatte („*Informationen*“ S. 48). Auch derzeit ist ein arabischer Richter Mitglied des Supreme Court, der jüngst über die Unzulässigkeit der von der Regierung Netanjahu angestrebten Justizreform entscheiden hat. Versuche der Regierung Netanjahu, rechtsstaatliche Garantien und Verfassungsgrundsätze zu reduzieren, haben zu Massendemonstrationen und Protesten auf verschiedenen Ebenen geführt. Der Angriff der Hamas hat diese zivilgesellschaftlichen Aktivitäten vorübergehend beendet, aber es hat sich gezeigt, dass Israel eine stabile und lebendige Demokratie ist, die unseren Demokratien in Europa in nichts nachsteht. Und Israel ist das einzige Land im Nahen Osten, in dem sich zwei Männer am Strand küssen können, ohne staatlichen Repressionen ausgesetzt zu sein. Frauenrechte sind dort bei allem Verbesserungsbedarf im selben Standard verwirklicht, wie in Europa. Vor diesem Hintergrund ist es mir ein ganz besonders großes Rätsel, weshalb es Bilder von Frauen gibt, die mit dem Slogan „from the river to the sea...“ eine Vernichtung Israels fordern. Auch die queere Community, die sich teilweise gegen Israel wendet („queers for Palestine“), dürfte eigentlich nichts mehr fürchten als ein Ende des Existenz Israels. Umfragen zeigen übrigens, dass eine stabile Mehrheit der israelischen Araber mit ihrem Leben dort zufrieden ist und nicht lieber in Ägypten, Syrien, dem Libanon oder Jordanien leben würde („*Informationen*“ S. 49). Geschweige denn im Iran, dessen verlängerter Arm die schiitische Hisbollah immer war und mittlerweile auch die sunnitische Hamas ist.

Sicherlich gibt es von Seiten der jüdischen Bevölkerung auch Misstrauen gegenüber Arabern. Und es mag auch sein, dass die Lebensverhältnisse in manchen arabisch geprägten Vierteln und Städten schwieriger sind, als in anderen Teilen des Landes. Speziell arabische Beduinen beklagen eine schlechte Behandlung. Verbesserungsbedarf in einzelnen Punkten führt aber nicht dazu, ein ganzes System oder Land als rassistisch oder ausgrenzend bezeichnen zu müssen. In jedem Land

der Welt, auch in allen Ländern Europas, ist der Umgang mit Minderheiten vielfach verbesserungsbedürftig, besonders wenn sie – wie traditionell Beduinen – nicht sesshaft waren oder sind. Auch in Deutschland werden eine misslungene Integration von Migrantinnen und Migranten, Bildungsungleichheit und Ghettoisierung beklagt. Ist Deutschland deshalb ein Apartheid-Staat?

Seit dem auch in Israel umstrittenen Nationalstaatsgesetz vom 19.07.2018 bezeichnet Israel sich allerdings ausdrücklich als „Nationalstaat des jüdischen Volkes“ und unterscheidet zwischen Staatsangehörigkeit (für alle) und jüdischer Nationalität (*Assenburg APuZ S. 51*) mit Nachteilen für nichtjüdische Staatsangehörige bei Einwanderung und im Staatsangehörigkeitsrecht. Leider mischen sich hier die berechnete Absicherung einer sicheren nationalen Heimstatt für alle Juden mit religiös begründeten weiteren Postulaten.

Zu unterscheiden von der Situation der Araber in Israel ist die Situation der Menschen in der Westbank und in Gaza. Diese näher zu analysieren würde den Rahmen meiner heutigen Darstellungen sprengen. Nach meiner Einschätzung beruhen allerdings Restriktionen – abgesehen von solchen im Zusammenhang mit dem Siedlungsbau – in erster Linie auf Sicherheitsinteressen Israels. So sind beispielsweise die viel kritisierten Sperranlagen eine Reaktion auf zahlreiche Anschläge im Rahmen der beiden Intifadas. Auch die Reservierung bestimmter Straßen für Israelis ist Sicherheitsinteressen geschuldet und nicht Ausdruck von Rassismus. Die Grenzen zwischen legitimen Sicherheitsinteressen und illegitimen Siedlungsinteressen im Westjordanland sind nur schwer auszuloten (*näher zu diesem Themenkomplex Schneider „Die Sache mit Israel“ S. 70 ff, der auch zu kritisierendes Verhalten der israelischen Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten thematisiert*).

Die Sicherheitsinteressen Israels lassen sich aus der Geschichte des arabisch-israelischen Konflikts – vom Massaker bei Hebron 1929 bis zum 07.10.2023 - erklären. Darauf möchte ich nun eingehen:

Wie ist das moderne Israel entstanden? Das Land liegt auf dem Gebiet des historischen, antiken „Erez Israel“, das aber bekanntlich seit ca. 2.000 Jahren nicht mehr existierte (*instruktiv zur Geschichte des Judentums: Doku „Die Juden – Geschichte eines Volkes“, u.a. ARD Mediathek; Wolffsohn, „Wen gehört das Heilige Land“?, der auch ausführlich auf die Frühgeschichte der jüdischen Besiedlung von*

Palästina eingeht). Das moderne Israel ist ein Produkt des Zionismus, einer Bewegung, die ihre Wurzeln Ende des 19. Jahrhunderts in Mitteleuropa hatte. Der Begriff wurde erstmals 1890 von dem Wiener Journalisten Nathan Birnbaum verwendet und bezieht sich auf den Hügel Zion in Alt-Jerusalem. Der Zionismus war die jüdische Nationalbewegung während der Renaissance des Judentums am Ende des 19. Jahrhunderts. Damals war antisemitischer Hass in Europa wieder sehr verbreitet, insbesondere im zaristischen Russland kam es zu antijüdischen Pogromen, wodurch die Sehnsucht nach einem eigenen Staat für die Juden, in dem diese in Sicherheit leben konnten, zunahm. Theodor Herzl veröffentlichte das Manifest „Der Judenstaat“ und lud zu dem ersten zionistischen Weltkongress in Basel 1897 ein, auf dem die „Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte“ für Juden gefordert wurde. Aus traditionellen und religiösen Gründen sollte dieser Staat letztlich in Palästina liegen, was zunächst nicht ganz unumstritten war.

Was war „Palästina“? Der Name kommt wohl von den auch aus der Bibel bekannten Gegenspielern der Juden, den Philistern (Goliath). Durchgesetzt hat er sich, nachdem die Römer 73 n.Chr. das jüdische Gemeinwesen vernichtet hatten und den Namen „Judäa“ ausgelöscht hatten (*Wolffsohn S. 162*). Es handelt sich bei Palästina um eine Region in der Levante, die zur Zeit Herzls Bestandteil des osmanischen Reichs war, das nicht nur das Gebiet der heutigen Türkei, sondern auch weite Teile der arabischen Welt umfasste. Bekanntlich hat das osmanische Reich zusammen mit dem Deutschen Reich den Ersten Weltkrieg verloren und ist 1918 untergegangen. Die Siegermächte des Ersten Weltkriegs, u.a. Frankreich und England, teilten sich das Gebiet auf („Sykes-Picot-Abkommen“ Frankreich: Syrien, Großbritannien: Palästina und Irak), während 1923 unter Kemal Atatürk die heutige moderne Türkei gegründet wurde. Palästina wurde britisches Mandatsgebiet. Die Einwanderung der Juden nach Palästina, auf die ich gleich zu sprechen kommen werde, fand also zunächst ins osmanische Reich und anschließend in britisches Mandatsgebiet statt. Es gab keinen arabischen Staat „Palästina“, der von einwandernden Juden verdrängt wurde, sondern – neben anderen Bevölkerungsgruppen – Araber, die in der „Palästina“ genannten Region lebten.

Die durch den Juden Hass in Europa und die zionistische Selbstermächtigung der Juden ausgelösten Einwanderungswellen nach Palästina werden „Alija“ für „Aufstieg auf den Tempelberg“ genannt. Die erste Alija fand von 1883 bis 1903 statt, es folgten

sechs weitere große Einwanderungswellen bis 1932. Insgesamt lebten bei der Staatsgründung 1948 etwa 600.000 Juden in Palästina. Sie gründeten Kibbuzim mit einer sozialistischen Lebensweise und bearbeiteten das dünn besiedelte und karge Land effektiv. 1909 wurde Tel Aviv („Frühlingshügel“) gegründet. 1917 versprach die britische Mandatsmacht den Juden in Palästina eine „nationale Heimstätte“ unter gleichzeitiger Wahrung der bürgerlichen und religiösen Rechte der Araber („Belfour Deklaration“). Die Landnahme der Juden erfolgte nicht gewaltsam, sondern durch reguläre Grundstückskäufe.

Für die völkerrechtliche Bewertung möchte ich an dieser Stelle festhalten, dass die aus dem ersten Weltkrieg hervorgegangene Mandatsmacht Groß-Britannien den Juden in Palästina eine Staatsgründung versprochen hatte. Dieses Versprechen musste nach der Shoa besonders dringlich eingelöst werden.

Die Konflikte zwischen Arabern und eingewanderten Juden in Palästina verschärften sich. 1929 ereignete sich das Massaker von Hebron mit 67 brutal ermordeten Juden, weitere Juden wurden an anderen Orten ermordet, zB in Jerusalem. Die jüdische Gemeinde in Gaza wurde ganz ausgelöscht, Juden verübten anschließend Racheakte. Von Historikern wird das Jahr 1929 als „das Jahr Null des arabisch-israelischen Konflikts bezeichnet (*dazu Lapidot in FAZ vom 15.11.2023 S. N 3*). Die Briten versuchten, die Kontrolle zu behalten und - auch um die Araber im Zweiten Weltkrieg zu besänftigen und zu verhindern, dass diese sich an die Seite von Nazi-Deutschland stellen - die jüdische Einwanderung nach Palästina zu begrenzen. Die Idee eines jüdischen Staates wurde zunächst aufrechterhalten (Peel-Kommission und Teilungsplan 1937), später aber aufgegeben (Weißbuch-Politik 1939).

Der Mufti von Jerusalem Al-Hussaini hatte sich 1941 in Berlin mit Adolf Hitler getroffen, um die Ausdehnung der Vernichtung auf die in Palästina lebenden Juden zu besprechen. Die italienische Luftwaffe bombardierte 1940 Tel Aviv. Deutsche Truppen hatten unter Rommel in Nordafrika zunächst Erfolge. In Griechenland stand eine deutsche Einsatzgruppe bereit, um bei einem Erfolg Rommels die Vernichtung der Juden in Palästina durchzuführen. Die Araber kämpften ab 1936 gegen die britische Mandatsmacht im „arabischen Aufstand“.

Nach Ende des zweiten Weltkriegs wurde der Einwanderungswunsch der Juden nach Palästina naturgemäß besonders groß. Die Briten versuchten das zunächst zu verhindern (*vergl. Roman „Exodus“ von Leon Uris*), hiergegen kämpften jüdische

paramilitärische Gruppen („Irgun“ unter Menachem Begin; 1946 Bombenanschlag auf das „King David“ in Jerusalem), bis schließlich die Briten aufgaben und 1947 die Palästinafrage an eine Sonderkommission der UN abgaben.

Diese empfahl die Teilung Palästinas und die Internationalisierung Jerusalems. Am 29.11.1947 beschlossen die UN den Teilungsplan, die Truppen Großbritanniens verließen das Land. Am 14.05.1948 erklärte ein provisorischer Staatsrat unter der Leitung von David Ben Gurion die Unabhängigkeit des Staates Israel (*Bild 1*). Wenige Stunden später griffen fünf arabische Staaten den neuen Staat völkerrechtswidrig an: Ägypten, Libanon, Syrien, Transjordanien und der Irak. Israel konnte sich behaupten und gewann einige Territorien hinzu (*Bild 2*). (*Wer sich über diese Zeit ein anschauliches Bild machen möchte dem sei „Eine Geschichte von Liebe und Finsternis“ des 2018 verstorbenen israelischen Schriftstellers Amos Oz empfohlen*).

Welches Schicksal hatten die in Palästina lebenden Araber? Zwischen 1947 und 1949 sahen sich zwischen 700.000 und 750.000 Palästinenser gezwungen, Palästina zu verlassen. Es hat in dieser Zeit gezielte Vertreibungen gegeben. Viele haben das Land aber auch verlassen, weil Ihnen von Israels Feinden versprochen worden war, dass man dieses Land bald beseitigt haben und zurückkehren wird. Gleichzeitig gab es in etwa gleich großer Dimension Vertreibungen von Juden aus arabischen Staaten, zB Marokko, dem Jemen oder dem Irak (*„Informationen“ S. 27*). Der Unterschied zwischen den vertriebenen Juden und den vertriebenen Arabern war aber, dass Israel gerne bereit war, die Juden aufzunehmen, während die arabischen Staaten nicht bereit waren (außer in der Folge Jordanien, das bis 1950 „Transjordanien“ hieß [weil es nur das Ostjordanland, nicht aber das Westjordanland umfasste] und von 1948 bis 1967 das Westjordanland – „Cisjordanien - annektiert hatte) und auch heute noch vielfach nicht bereit sind, Palästinenser bei sich aufzunehmen, weshalb diese in Flüchtlingslagern (vornehmlich im Libanon und in Jordanien) leben mussten. Deshalb wird die Vertreibungszeit von den Palästinensern als „Nakba“ – Katastrophe – empfunden. Tatsächlich handelte es sich um einen Bevölkerungsaustausch, den es nach Kriegen auch in anderen Regionen der Welt gegeben hatte. 1948 proklamierte die UN-Generalversammlung das Recht der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Häuser zurückzukehren, wenn sie bereit wären, in Frieden mit ihren Nachbarn zu leben.

Völkerrechtlich ist bis hierhin festzuhalten: Israel ist völkerrechtlich durch den UN-Teilungsplan vom 29.11.1947 legitimiert. Diese Legitimation haben die arabischen Staaten 1948 nicht anerkannt und unter Bruch des Völkerrechts einen Angriffskrieg gegen Israel geführt, den sie verloren haben. Ebenfalls völkerrechtlich legitimiert ist ein Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge. Dieses bezieht sich aber juristisch anerkanntermaßen nur auf die unmittelbar vertriebenen Personen, nicht auf ihre Nachfahren. Schließlich ist völkerrechtlich verbindlich anerkannt, dass Israel eine nationale Heimstatt der Juden sein soll.

Es folgten die bekannten weiteren Nahostkriege: 1956 nach der Verstaatlichung des Suez-Kanals durch Ägypten die Suez-Krise (Ägypten ./ Großbritannien, Frankreich und Israel) mit einem politischen (nicht: militärischen) Sieg Nassers und einer politischen Niederlage seiner Gegner aufgrund deren mangelnder Unterstützung der USA; der völkerrechtlich legitime (Präventivschlag) Sechstagekrieg 1967 mit erheblichen Gebietsgewinnen Israels (Sinai, Gaza, Golan-Höhen, Westbank; *Bild 3*), der Jom-Kippur Krieg 1973 mit einer Behauptung Israels nach anfänglichen Schwierigkeiten, der Libanon-Krieg 1982 gegen die PLO mit Vorwürfen gegen Israel, die erste (1987 – 1993) und die zweite Intifada (2000-2005).

Gleichzeitig gab es verschiedene Versuche, zu einem Frieden zu kommen: Das Abkommen von Camp David 1978/1979 (Sadat/Begin/Carter) mit einer Rückgabe des Sinai an Ägypten und einem Friedenabkommen zwischen Israel und Ägypten („Land gegen Frieden“) und den Osloer Friedensprozess ab 1993 (Arafat/Rabin/Clinton) mit dem Ziel einer Zweistaatenlösung, der Gründung der palästinensischen Autonomiebehörde als ersten Schritt und dem derzeitigen territorialen Zustand. 1994 wurde ein Friedensvertrag mit Jordanien geschlossen (Rabin/König Hussein/Clinton) mit Festlegung des Jordans als Staatsgrenze zwischen Israel und Jordanien (*Bild 4*). Die PLO wandelte sich von einer Terrororganisation zu einer politischen Kraft, die das Existenzrecht Israels anerkennt, die Fatah als Hauptfraktion der PLO regiert mit der Autonomiebehörde in der Westbank, allerdings für bestimmte Gegenden mit Einschränkungen unter israelischer Kontrolle. 2005 hat Israel den Gaza-Streifen geräumt und die dortigen jüdischen Siedlungen unter heftigen Protesten der Siedler geräumt. 2007 gewann die Terrororganisation Hamas die Wahlen in Gaza und hat seitdem ihr Herrschaftsgebiet zu einer Festung mit den Bewohnern als Geiseln ausgebaut. Die Hamas erkennt völkerrechtswidrig das Existenzrecht Israels nicht an

und propagiert die Gründung eines islamischen „Gottesstaates“. In der jüngsten Zeit gab es Verträge und Annäherungen zwischen Israel und arabischen Staaten („Abraham-Abkommen“) und insbesondere Verhandlungen mit Saudi-Arabien über eine Normalisierung der Beziehungen. M.E. ist der Zeitpunkt des Angriffs der Hamas im Oktober 2023 diesem Umstand geschuldet. Mit dem Iran als Hintergrundmacht sollte eine Stabilisierung Israels durch eine Aussöhnung mit anderen Staaten torpediert werden.

Was steht einer in der Anfangszeit vorgesehenen und dem Oslo-Prozess wiederbelebten Zweistaatenlösung entgegen? Rechtlich nichts. Tatsächlich vor allem zwei Dinge: Die Unfähigkeit (oder auch der Unwille) der palästinensischen Seite, sich mit der Anwesenheit der Juden in Palästina abzufinden und die Sicherheit des Staates Israel zu garantieren. Zum anderen aber leider auch der Siedlungsbau im Westjordanland, der zu einer weiteren Zersiedelung des arabischen Hoheitsgebietes und zu ethnischen Konflikten innerhalb des für Araber vorgesehenen Territoriums führt. M.E. muss Israel jegliche religiös begründeten Siedlungsprojekte in der Westbank aufgeben, hat aber gleichzeitig jedes Recht, effektiv für seine Sicherheit zu sorgen und von der internationalen Gemeinschaft eine Anerkennung dieses legitimen Sicherheitsbedürfnisses zu verlangen. Israel hat ein legitimes Recht, sich als jüdischer Staat zu definieren, denn nur so kann das Land eine Sicherheitsgarantie für Juden im Land und in aller Welt abgeben. Verzichtet werden sollte auf religiös begründete Privilegien für jüdische Staatsangehörige.

Nichts, aber auch gar nichts hat der Konflikt mit einem Kampf eines unterdrückten palästinensischen Volkes gegen postkoloniale Herrschaft zu tun. Vielmehr ist - wenn überhaupt - gerade der Zionismus ein Beispiel der erfolgreichen Selbstermächtigung eines unterdrückten Volkes, das seitdem gegen diktatorische, gewalttätige und autoritäre Gegner kämpft. Die Linke sollte keine Zweifel haben, auf welche Seite sie sich stellen sollte. Das hat nichts mit der besonderen Rolle Deutschlands gegenüber dem jüdischen Staat zu tun, wenn auch die Verantwortung, die aus der Shoa resultiert, niemals endet und gerade in den jetzigen „Wochen der Bewährung“ (Robert Habeck) m.E. eine eindeutige Positionierung von uns verlangt.

Ich möchte noch zwei Schlussbemerkungen machen:

Der Krieg in Gaza dauert nun schon fast vier Monate an, sehr viele Menschen sind gestorben, die Infrastruktur von Gaza ist zerstört, es gibt sehr, sehr viele zivile Opfer,

aber auch getötete israelische Soldaten. Gleichzeitig hat sich eindrucksvoll gezeigt, zu welcher perfiden Festung mit zahllosen Zivilisten als Geiseln die Hamas den Gazastreifen ausgebaut hatte. Immer noch werden Raketen auf Israel abgefeuert, obwohl die Hamas genau weiß, dass dies Israel geradezu zwingt, den Krieg fortzusetzen. Sehr viele Geiseln befinden sich der Gewalt der Hamas, darunter weiterhin Frauen und Kinder. Völkerrechtlich ist Israel verpflichtet, auf den Angriff zu reagieren und gleichzeitig „verhältnismäßig“ zu handeln. Was aber ist damit gemeint? Der israelische Botschafter Ron Prosor (*Süddeutsche Zeitung vom 31.01.2024*) hat sarkastisch die Frage aufgeworfen, ob die Verhältnismäßigkeit überschritten ist, wenn Israel genauso viele Zivilisten getötet hat, wie die Hamas am 7. Oktober, also zB 361 Jugendliche, die an einem Musikfestival teilnehmen wollten? Ein Genozid ist der Krieg jedenfalls nicht, denn es geht nicht darum, die Palästinenser als Volk zu vernichten (anders als die Hamas dies mit den Juden vorhat und wie erwähnt der Mufti von Jerusalem schon 1941 zusammen mit den Deutschen geplant hatte), sondern die Terrororganisation Hamas zu zerstören. Unselige Äußerungen rechtsradikaler israelischer Politiker könnten einen anderen Eindruck erwecken und sind daher fatal. Ron Prosor hat sich von ihnen distanziert.

Wir alle denken darüber nach, wie eine Friedenslösung aussehen könnte und befürworten eine Zweistaatenlösung. Ich finde das auch richtig und erinnere daran, dass dies bereits 1948 und nochmals ab 1993 konkret geplant war. Nur muss man dabei auch die Frage beantworten, was das für ein palästinensischer Staat sein soll. Ein Gottesstaat nach dem Vorbild des Iran? Ein Terrorstaat? Oder ein demokratischer, friedliebender Rechtsstaat, der das Existenzrecht Israels vorbehaltlos respektiert. Wie soll dieser Staat errichtet werden, wie soll verhindert werden, dass er sich zu einem Vasallen des Iran entwickelt? Nur wer diese Fragen beantworten kann und dazu die religiöse Rechte in Israel stoppen kann, der hat eine echte Friedensperspektive für den Nahen Osten.